



Mittelbadener Tagblatt

Engtalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Engtal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerschweizerischen Vertriebe monatlich 1.60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: Dr. 50 bei der Oberamtspoststelle Remmendingen, Postfach 111, Wildbad. — Druckerei: Engelhardt & Co., Wildbad; Oberbayerischer Buchverlag Filiale Wildbad. — Postfach 201 74 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Im Anzeigenblatt bis einpfeiliges 10 mm breite Zeilenmeterzelle 3 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 8 Pf.; im Tagblatt bis 90 mm breite Zeilenmeterzelle 15 Pf. — Abgabe nach vorhergehendem Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Schadlosgewährung weg. — Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 254

Februar 479

Mittwoch den 31. Oktober 1934

Februar 479

69. Jahrgang

Tagespiegel.

Der italienische Staatssekretär behandelt in einem Artikel die römische Außenpolitik und spricht sich über Abstützung und deutsche Gleichberechtigung aus.

In Innsbruck wurde eine italienische Schule feierlich eröffnet.

In London sind beide Häuser des Parlaments am Dienstag zusammengetreten. Lord Eden erklärte auf eine Anfrage bezüglich des Öpattes, daß es von Frankreich und der Sowjetunion abhängt, was weiter geschehen wird.

Die Londoner Flottenverhandlungen scheinen wegen der japanischen Forderungen in ein kritisches Stadium einzutreten.

Dr. Eckener hat dem amerikanischen Luftausflug Vorschläge über die Einrichtung eines Weltluftdienstes mit Zeppeleinluftschiffen vorgelegt.

In Südtirrol stehen Regierungstruppen und Kommunisten in heftigen Kämpfen.

Sprüche einer materiellen Prüfung zu unterziehen. Sie hat Maßnahmen getroffen, um diese Arbeiten in dem vorgesehenen Zeitabchnitt erledigen zu können.

Die soziale Verantwortung des Unternehmers beim Bau der Reichsautobahnen

Von Dr.-Ing. Fritz Todt, Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen

NSA. Bis zum 1. Oktober 1934 haben rund 70 000 Arbeiter auf den Baustellen der Reichsautobahnen Beschäftigung gefunden. Diese Statistik zeigt ein gewaltiges Ansteigen der Belegschaft im Verlaufe der letzten sechs Monate. 1 1/2 mal so groß als die Zahl der eigentlichen Bauarbeiter ist die Zahl der in den Lieferwerken und in der übrigen Industrie zusätzlich Beschäftigten.

Die Zahl von 70 000 Arbeitern verteilt sich nahezu auf alle Firmen der deutschen Bauindustrie, die mit rund 1000 Betrieben am Bau der Reichsautobahnen beteiligt sind. Die Zahl der Arbeiter und Firmen hat keinesfalls ihren Höchststand erreicht. Bis zum Frühjahr wird die Gesamtbelegschaft der Baustellen auf 100 000 Mann ansteigen.

Der größte Teil der beim Bau der Reichsautobahnen eingesetzten Arbeiter sind langjährige Arbeitslose. Ueber die Reichsautobahnen findet wohl die stärkste geschlossene Wiedereinführung Arbeitsloser in den Arbeitsprozess statt. In den Betrieben der deutschen Bauunternehmer geht also eine Umsichtung größten Ausmaßes vor sich. Der deutschen Bauindustrie erwächst hiermit eine ungeheure Verantwortung für die Art und Weise, wie sie den jahrelang arbeitslosen Volksgenossen wieder in den Arbeitsprozess zurückführt.

In seiner früheren Arbeitsstelle war der Arbeiter vor vier bis fünf Jahren Marxist oder gar Kommunist. Mit dieser politischen Einstellung wurde er auch arbeitslos. Adolf Hitler hat mit seiner Bewegung diesen Volksgenossen, der der Volksgemeinschaft verloren schien, zum Nationalsozialisten und Kämpfer für die Bewegung gemacht und ihm damit wieder eine positive Einstellung zur Nation gegeben.

Adolf Hitler hat durch die großzügigen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung der Industrie die Möglichkeit der Betätigung und die Möglichkeit zur Einstellung von Arbeitskräften verschafft. Der Führer hat den Menschen gewandelt und den Wiederaufbau der Nation kraftvoll begonnen. Mit der Wiedereinstellung auf einer meist ziemlich weit vom Wohnsitz entferntesten Baustelle entläßt die Bewegung den bisher Arbeitslosen und gibt ihm dem Unternehmer in den Betrieb. Von der Gesinnung des Unternehmers und von seiner Pflichterfüllung gegenüber der Gefolgschaft wird es abhängen, ob das, was unter Führer, die politische Organisation oder die SA, diesem, des Glaubens an seine Nation entwöhnten, Menschen wiedergegeben hat, erhalten, bewahrt und verstärkt wird oder ob dieser gewesene Arbeitslose im Betrieb seinen Glauben noch einmal, dann aber für alle Zeit, verlieren.

Das in der Größe seiner Aufgabenstellung leider noch lange nicht erkannte Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit umreißt die Pflichten, die dem Führer des Betriebs erwachsen. Die wichtigsten Forderungen lauten:

§ 1

Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.

§ 2

1. Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.

2. Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten.

Das Gesetz sieht ausdrücklich vor, daß der Unternehmer nicht nur wie bisher in allen betrieblichen Angelegenheiten entscheidet, er hat auch für das Wohl seiner Gefolgschaft zu sorgen. Als Gegenleistung hat die Gefolgschaft die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten. Die Pflichten der Unternehmer sind keinesfalls mit der Erfüllung der rein technischen Vertragspflichten erfüllt. Im nationalsozialistischen Staat, in dem Millionen von Menschen aus der Arbeitslosigkeit wieder zur Arbeit gebracht werden, ist die Sorge um das Wohl der Gefolgschaft vom Standpunkt der Nation gesehen, mindestens ebenso wichtig, wie die sachgerechte Ausführung von Erd- und Betonarbeiten.

Der Einwand, daß besondere Aufwendungen für die Unterbringung der Belegschaft die Autobahnen unwirtschaftlich verteuere, hat gerade bei den Reichsautobahnen keine Berechtigung, da dieses Unternehmen eine gleichmäßige Beschäftigung der Bauindustrie auf Jahre hinaus sichert.

Es gibt im nationalsozialistischen Deutschland keine Baumaßnahme, die so einheitlich angefaßt wurde wie das große Werk der Reichsautobahnen. Die symbolische Aufgabe der Reichsautobahn ist schon mehrfach betont worden. Ich halte es für die Pflicht aller Beteiligten, daran mitzuwirken, daß beim Straßenbau des Führers die Verbundenheit zwischen Gefolgschaft und Betriebsführer in wahrhafter Betriebsgemeinschaft ihren Ausdruck findet, so daß auch auf diesem Gebiet die Autobahnen zum Vorbild werden und erziehen. Darüber zu wachen, erachte ich für meine höchste Pflicht.

Rede Dr. Schachts in Weimar

In einer Rede auf der Kundgebung der thüringischen Industrie in Weimar ging der kommissarische Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht zunächst auf die Not Thüringens ein, die nicht aus eigenem Verschulden komme, sondern bei der fremde, ausländische Eingriffe stark mitgewirkt haben.

Dr. Schacht fuhr dann fort: Wir stehen im fünften Jahre einer Wirtschaftskrise, die nichts anderes ist, als die letzte Auswirkung jener politischen Unstimmigkeiten, die der Weltkrieg im Gefolge gehabt hat. Man hat versucht, dem deutschen Volk Lasten aufzuerlegen, die ein Volk niemals tragen kann. Die Wahrheit, daß wir nur durch Ausfuhr unsere Schulden abtragen können, ist heute in der ganzen Welt zur klaren Erkenntnis durchgedrungen. Aber diese Ausfuhr will das Ausland nicht aufnehmen, weil jeder deutsche Export selbstverständlich für eine ganze Reihe von Produzenten anderer Länder eine Konkurrenz bedeutet. Wünscht man, daß Deutschland seine Schulden weiter bezahlt, dann muß man Deutschland einen größeren Export gestatten. Wünscht man aber, die Ausdehnung des deutschen Exportes in diesem Umfange nicht, dann muß man auf die Bezahlung der Schulden verzichten. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Schacht gab dann einen eindrucksvollen Rückblick auf die Aera Brüning mit ihrer Deflationspolitik, an deren Ende der Ruin der deutschen Landwirtschaft und sechs Millionen arbeitslose Industriearbeiter gestanden hätten. Die nationalsozialistische Regierung, fuhr Dr. Schacht fort, hat sich Gott sei Dank von dieser Politik abgewendet. Wir wollen einen gewissen Lebensstandard aufrecht erhalten. Wir wissen, daß das Leben nicht nur aus Essen und Trinken besteht. Wir wollen die Kultur, die wir uns in mehr als 1000jähriger Arbeit errungen haben, uns nicht ohne weiteres durch politischen ausländischen Druck wieder wegnehmen lassen. (Starker anhaltender Beifall.)

Wir haben eine Belegung des industriellen Marktes herbeigeführt und wir haben ganz überwiegende Teile unserer Arbeitslosen dadurch wieder in Lohn und Brot gebracht. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Belegung des Binnenmarktes zu einem härteren Verbrauch von Rohstoffen geführt hat, und wenn man uns heute ermahnt, daß wir uns in unserem Rohstoffbezug aus dem Auslande doch wieder etwas einschränken sollten, so erwidern wir darauf: Nicht mehr, als wir unbedingt gezwungen sind! Denn wir wollen gerade unseren Binnenmarkt aufrechterhalten. Aber, wenn das Ausland die Rohstoffe uns heute nicht mehr geben kann, so werden wir versuchen, uns anderweitig zu helfen.

Die Steigerung des deutschen Exportes ist durch eine ganz systematische Politik aller unserer Auslandsmärkte verhindert worden, sei es durch Zölle, oder durch Kontingentierungen. Gegenüber einer solchen Politik ist auch jede Deflationspolitik im Inlande völlig wirkungslos. Wir haben in Deutschland gegenwärtig eine Lage, in der wir nicht über genügend ausländische Währung verfügen, um alle ausländischen Rohstoffe und Halbfabrikate einzuführen, die wir gerne einführen möchten. Herbeigeführt worden ist dies aber auch durch den Fehlschlag der vergangenen Exportpolitik, die den letzten Rest an deutschen Devisenreserven ausgeschüttet hat, um die Ausländer zu bezahlen, ohne sich über die Zukunft der deutschen Wirtschaft verantwortlich klar zu werden.

Quertreibereien der Saaremigranten

Angesichts der klaren und eindeutigen Bestimmungen des Versailleser Vertrags einerseits und des Saarstatuts andererseits könnte man doch wirklich der Meinung sein, daß die Abstimmung am 13. Januar 1935 die einfachste Sache von der Welt darstellen sollte, denn schließlich handelt es sich doch nicht um ein Land mit einer vielmillionenförmigen Bevölkerung, sondern um einen Gebietsteil mit etwa 800 000 Einwohnern, von denen etwa zwei Drittel abstimmungsrechtlich sind. Wenn man z. B. bedenkt, daß zu der Volksabstimmung in Deutschland am 19. August die Stimmlisten für mehr als vierzig Millionen Wahlberechtigte binnen zehn Tagen aufgestellt und geprüft werden mußten, erscheint es beinahe unfassbar, daß die Aufstellung der Stimmlisten für die etwa 550 000 Stimmberechtigten im Saargebiet so unendlich vielen Schwierigkeiten begegnet, wie wir sie jetzt tagtäglich erleben müssen.

Geht man dieser eigenartigen Erscheinung etwas näher auf die Spur, stellt sich allerdings bald heraus, daß diese Schwierigkeiten an sich gar nicht vorhanden sind. Sie werden jedoch künstlich geschaffen und zwar selbstverständlich von der Seite aus, die das größte Interesse an der Verwirrung hat, von den Emigranten. Nach den jüngsten Meldungen aus dem Saargebiet haben sie jetzt ein eigenes Abstimmungsbüro errichtet, in dem nicht weniger als fünfzig Personen tätig sind. Das Hauptquartier dieser Kommission ist bezeichnenderweise im Hause der Arbeiterhilfe in Saarbrücken, also einer marxistisch-kommunistischen Einrichtung, untergebracht. Augenblicklich sind sie damit beschäftigt, fabrikmäßig Einsprüche gegen die Eintragungen in die Abstimmungslisten herzustellen. 100 000 Einsprüche, das wären also 20 Prozent der Abstimmungsberechtigten überhaupt. Man sieht, daß die Emigranten und verkappten Franzosenfreunde ihr Hauptziel, die Gesamtzahl der Abstimmenden zu schwächen, nicht aus den Augen lassen.

Nach den Schätzungen der Abstimmungskommission sind etwa 550 000 Männer und Frauen abstimmungsrechtlich. Da sich bisher nur etwa 520 000 eingetragen haben, bleibt noch eine Differenz von 30 000 bestehen, die nach Ansicht der Kommission aus solchen Saarländern besteht, die nach ihrer Auswanderung über die ganze Welt verstreut sind und nicht zur Abstimmung zurückkommen können. Daß die Emigranten mit ihrem separatistischen Anhang keinen vollwertigen Ersatz für diese ausgewanderten 30 000 Saarländer darstellen, liegt auf der Hand. Darauf kommt es aber ihnen auch gar nicht an, sie wollen mit ihrem verbrecherischen Treiben nur neue Verwirrungen und Verwirrungen schaffen. Wenn sie jetzt in alle Welt hinausposaunen: „Seht, wie die Listen gefälscht sind!“ so wollen sie damit vor allem die Völkerverbindungen nötigen, sich immer wieder von neuem mit den Saarländern zu befassen. Prompt hat denn auch der Führer des französischen Saarvereins auf Grund der „nachgewiesenen“ Fälschungen der Stimmlisten an den Völkerbund appelliert und eine Überprüfung der gesamten Listen durch neutrale Kommissionen gefordert. Ein solches Verlangen macht sich im Munde eines Mannes besonders gut, der gleich Dutzenden, ja Hunderten seiner Gesinnungsgenossen überhaupt nicht einmal abstimmungsrechtlich ist. Daß die Agitation wegen der angeblich gefälschten Listen gleichzeitig zu einer neuen Propaganda für den berühmten Status quo verbunden wird, nimmt nicht weiter wunder. Ist doch der Status quo die letzte Hoffnung der Separatisten und Franzosenfreunde die sich auch heute noch nicht mit dem Gedanken abfinden können, daß die Saarbevölkerung heim ins Reich will.

Unterzieht man die Status-quo-Propaganda einer genaueren Prüfung, fällt dem unbefangenen Leser sofort ein merkwürdiger Widerspruch in die Augen. Die Zeitungen und Flugblätter, die für den Status quo eintreten, bemühen sich zwar, den Saarländern die angeblichen Zustände im Dritten Reich in den abschredendsten Farben zu malen, aber über die Neugestaltung eines internationalisierten Saargebietes, vor allem dessen inneren und äußeren Mechanismus durch die finanziellen Quellen eigener Verwaltung, wenn auch mit vermehrter Beteiligung der Bevölkerung, lassen sie kein einziges Wort verlauten. Schon ist in einigen französischen Blättern der Gedanke einer zweiten Volksabstimmung aufgefaßt. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß nach kurzer Zeit auch die Separatisten ihn propagieren werden. Deshalb bei Zeiten: Augen auf!

110 000 Einsprüche gegen die Abstimmungsliste

Saarbrücken, 30. Okt. Die Abstimmungskommission gibt bekannt, daß ungefähr 110 000 Einsprüche bei ihr eingelaufen sind. Sie hat festgestellt, daß eine sehr große Anzahl davon nicht begründet sind. Von dem Einspruchsrecht ist vielfach ein solcher Gebrauch gemacht worden, daß die Abstimmungskommission einzelne nicht als eine Mitarbeit von Seiten der Bevölkerung im Sinne ihres Auftrages auffassen kann. Die Kommission hat darüber beraten, ob diese Einsprüche ihrer Unbegründetheit wegen ohne nähere Untersuchung abgelehnt werden sollen. Im Interesse der Aufstellung möglichst einwandfreier Listen hat sie jedoch beschlossen, auch diese unbegründeten Ein-

Als der Nationalsozialismus ans Tüder kam, war die nächste Aufgabe die, dem Auslande klar zu machen, daß es kein Geld mehr von uns bekommen kann. (Beifall.) Das war gar nicht so einfach. Denn wir dürfen nicht vergessen, die Raffinerie der ausländischen Politik lag ja darin, daß man die politischen Schulden in private Schulden verwandelt hatte. Und ich betone hier wiederum, daß ich das größte Mitgefühl habe mit den ausländischen Besitzern deutscher Obligationen, die geglaubt haben, daß sie mit den deutschen Anleihen eine gute Anlage erwerben würden und die nun auf diese Zinsen zum Teil verzichten müssen. Das kann leider nicht hindern, daß ich ihnen im Augenblick aus dieser Situation keinen anderen Ausweg anzuzeigen kann als den, als daß ich ihnen sage: Man kann seine Schulden nur dann bezahlen, wenn man Geld verdient. Daß wir kein Geld mehr haben, das verdankt Ihr der Politik Eurer Regierungen, und daß wir kein Geld mehr verdienen können, das verdankt Ihr ebenfalls der Politik Eurer Regierungen. Kämpft in Eurem Lande dafür, daß dem Deutschen Reich die Märkte wieder geöffnet werden. Wir wollen bezahlen, und daran dürfen Eure Regierungen uns nicht hindern. (Starker langanhaltender Beifall.)

Die Erkenntnis von diesen Zusammenhängen wächst erstens. Aber sie konnte natürlich nur langsam wachsen. Heute beginnt man schon wieder darüber nachzudenken, woran es denn lag, daß man seine Rohstoffe nicht los wird, und man fängt an zu begreifen, daß ein gewisser Zusammenhang besteht zwischen der Frage, ob man seine Rohstoffe nach Deutschland verkaufen kann und der Frage, ob Deutschland exportieren kann. Man fragt sich, ob es nicht zweckmäßig und absolut notwendig ist, daß man, wenn man seine Rohstoffe nach Deutschland verkaufen will, auch damit beginnt, deutsche Waren für sich zu beziehen. Wir sehen zu unserer großen Freude, daß diese Erkenntnis in der ganzen Welt nun plötzlich aufdämmert und daß sie, da es sich um sehr reale Portemonnaieinteressen handelt, sehr schnell begriffen wird. (Beifall.)

Als wir gezwungen wurden, zu einer weiteren Verschärfung der Devisenpolitik überzugehen, wurde dagegen in der ganzen ausländischen Presse Sturm gelaufen. Ich erkläre Ihnen, daß ohne diese sogenannten neuen Plan, den ich mit Billigung des Führers eingeführt habe, nicht durchzuführen ist. Der neue Plan ist schrecklich nicht nur deshalb, weil er uns an sich große Entbehrungen auferlegt. Daran sind wir ja gewöhnt. Er ist schrecklich auch darum, weil er mit einer Unmenge von Bürokratie und Organisation verbunden ist.

Das, was wir im besten Sinne einen kaufmännischen Geist nennen und was im deutschen Volk stets in hervorragender Weise vorhanden gewesen ist, das ist auch das Einzige, was uns aus dieser Situation wieder herausbringen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Der selbständige Unternehmer darf heute ebensowenig verachtet werden wie die Qualitätseinstellung des deutschen Arbeiters. (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Wir brauchen den Arbeiter, aber wir brauchen auch den Unternehmer. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Wir werden ganz zweifellos den Riemen enger schnallen müssen, aber zum Vergleichen ist absolut kein Grund vorhanden. Ich wünsche Ihnen hier keine Märchen vorzuerzählen und ich wünsche Ihren Beifall nicht für Dinge, die ich hinterher nicht vertreten kann. Wir sind mit Rohstoffen durchaus nicht ausreichend versorgt, aber Not ist in keiner Weise vorhanden, das kann ich Ihnen sagen, und wenn wir vielleicht auch an Rohstoffen verhältnismäßig knapp sind, an Fertigwaren in den Lagern sind wir so reichlich versorgt, daß insbesondere der Konsum der breiten Masse sich gar keine Sorgen zu machen braucht. Ich bedaure die armen Hausfrauen, die immer herumlaufen und sagen: Ich muß mir noch drei Stück Seife kaufen, denn die Seife wird sehr knapp. Nein, meine Freunde, wir haben genügend Seife, wir haben genug zum Anziehen und wir haben genug zu essen und trinken. Aber wir werden uns auch zweifellos einrichten müssen, daß wir die Devisen, die wir besitzen und die wir noch bekommen, in erster Linie sachgemäß für die Rohstoffe verwenden, die wir brauchen.

Und nun ein Wort über die sogenannte Ersatzstoffindustrie. Der deutsche Erfindergeist wird uns in der augenblicklichen Zwangslage sehr zusetzen können. Gerade in diesen Wochen und Monaten hat die Rohstoffindustrie in Deutschland wieder ganz außerordentliche Fortschritte gemacht. Ich glaube, nicht zu viel zu sagen, wenn ich hier z. B. ausspreche, daß in den letzten Wochen die Herstellung des synthetischen Kautschuk völlig gelungen ist. Was wir zur Zeit auf dem Gebiete der Stapelfaser leisten, das ist immerhin ein sehr erfolgversprechender Anfang, jedoch wir uns auch hier noch eine größere Erleichterung versprechen. Diese Stapelfaser ist kein Ersatzstoff im eigentlichen Sinne und ist in keiner Weise etwa als minderwertig zu bezeichnen.

Auch auf dem Gebiete der Verarbeitung unserer verhältnismäßig armen deutschen Eisenerze haben wir sehr erhebliche Fortschritte gemacht, die uns auch auf diesem Gebiete eine gewisse nationale Unabhängigkeit in der Zukunft sichern könnten. Alles das sind letzten Endes Dinge, die selbstverständlich sehr viel teurer sind als wenn wir die ausländischen Rohprodukte aus der Natur entnommen hätten.

Ich will damit sagen, daß wir nicht den Wunsch haben, uns vom Auslande abzutapfen. Die Autarkie ist für einige ein Ideal, aber sie ist kein Ideal für den Augenblick. Wir wünschen mit den Völkern in einem regen Warenaustausch und dann auch in einem regen Gedanken- und Austausch zu bleiben. Es würde beispielsweise dem Ausland gar nicht schaden, wenn es auch von unserem Gedankengut etwas übernehmen würde. Darum wollen wir auch heute dem Auslande immer wieder zurufen, wir wünschen mit Euch Handel zu treiben, wir wünschen mit Euch materielle und geistige, kulturelle Beziehungen ausrecht zu erhalten. Aber dazu müßt Ihr 50 Prozent beitragen, wenn wir 50 Prozent beitragen. Ohne Gegenseitigkeit ist ein solcher Verkehr nicht möglich. Aber so lange das Ausland das nicht will, ist mir um uns auch nicht bange.

Wir erzeugen alle Erzeugnisse zweifellos teurer, aber so war es beispielsweise auch einmal mit dem Salpeter, den die Landwirtschaft benötigt. Heute konkurriert der deutsche Salpeter auf der ganzen Welt erfolgreich mit dem natürlichen Salpeter Chiles. Ich könnte Ihnen noch unendlich viele solcher Beispiele anführen. Das Ausland soll also ja nicht glauben, daß die Arbeit, die wir heute leisten, ist ohne weiteres wieder aus der Welt zu schaffen wäre. Das kann einmal dazu führen, daß eine ganze Reihe von weiteren Naturprodukten aus der Verarbeitung ausscheiden infolge von Verwendung von Ersatzstoffen, ohne daß die Qualität der Fertigfabrikate etwa darunter leidet. Es liegt also im gegenseitigen Interesse, daß diese Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt nicht von Dauer wird. Das Ausland hat auch seinerseits das größte Interesse daran, daß diese Absperrung wieder aufgehoben wird. Einseitigen steht einer solchen Politik noch entgegen, das was als Rest aus dem Versailler Vertrag und seiner ganzen Mentalität in den Köpfen der Ausländer steckt. Es stellt sich auch noch entgegen die Mentalität des Besitzers gegenüber der Mentalität des Erwerbers. Es ist die Politik des Kapitalisten gegen die Politik des erwerbenden Arbeiters. Nur Arbeit schafft Kapital, und das Kapital des Auslandes kann nur verzinst werden, wenn es uns wieder Arbeit gibt.

Dr. Schacht sprach dann über die sogenannten Clearingabkommen. Diese Abkommen mühten auf dem geduldeten Papier, auf dem sie entworfen wurden, unter allen Umständen funktionieren. Aber die Wirtschaft richtete sich nicht nach diesem Papier, sondern sie ging ganz andere Wege. Infolgedessen haben die Clearingabkommen keinen Ueberseh zu Gunsten Deutschlands ergeben, und schließlich war es so, daß sogar ein Ueberschuß entstand. Dieses Clearing hat die Tendenz, den eigentlichen Warenaustausch auf ein Mindestmaß herabzudrücken, und wenn man sich hier in Deutschland um das bisschen Ausfuhr, das wir noch haben, so quälen muß, dann empfinde ich ein gewisses Mitgefühl mit dem Industriellen, der sich sagt: Ja, wenn ich nun im Inlande meine Waren absetzen kann, warum soll ich mich mit der Ausfuhr noch quälen. Darin liegt aber eine große Gefahr für uns. Wir müssen dieser Gefahr begegnen, wir müssen den Willen aufbringen, daß wir uns nicht von der Bequemlichkeit ergreifen lassen.

Wir stehen augenblicklich vor der Ueberlegung — auch im Auslande — ob es einen Zweck hat, dieses Clearing weiter zu führen, wenn der Erfolg ausbleibt. Wir haben ja heute den größten Zustand, daß der französische Handelsminister seiner Industrie sagt: „Verkauf nicht so viel nach Deutschland“. Und der Holländer hat es neulich schon nachgesprochen. Wenn etwas den Unsin dieses ganzen Systems beweist, dann sind es derartige Aussprüche. Ich hoffe, daß mein anderer Vorschlag nun doch langsam an Boden gewinnt. Ich habe allen Couponinhabern gesagt: Legt einmal die Coupons ruhig in die Schublade neben die Schere und laßt sie da zwei, drei Jahre liegen, und inzwischen übt einmal euren Einfluß auf eure Regierungen dahin aus, daß das internationale Geschäft wieder in Gang kommt. Dann verdienen wir wieder und dann wollen wir nach Ablauf von zwei bis drei Jahren diesen Verdienst wieder gern dazu verwenden, um euch, so lange es geht, wieder den Coupon zu bezahlen. Um diese Erkenntnis geht es jetzt.

Inzwischen dürfen wir nicht müde werden, für unsere Ausfuhr zu tun, was wir irgend können. Es geht hier nicht um den Eigennutz der einzelnen Firma, sondern darum, eine gemeinnützige Politik zu machen. Bleibt diese gemeinnützige Po-

litik ohne Erfolg, dann besteht die Gefahr, daß auch die einzelne Firma zu Grunde geht. Wenn nicht jeder das Neueste leistet, um im Export zu bleiben, dann wird das binnenwirtschaftliche Behebungsprogramm schließlich doch nicht zu Ende geführt werden können. Halten Sie dem Führer die Treue auch in dieser Frage. Tun Sie alles, um Ihren Export aufrecht zu erhalten.

Man hat mir im Auslande immer vorgeworfen, daß ich diese Exportförderung in Deutschland sozusagen mit dem Gelde des ausländischen Gläubigers in die Wege leitete, indem ich nämlich dem ausländischen Gläubiger seine Bonds etwas billiger abnehme als er sie früher erworben hat. Die Kurse der deutschen Bonds im Auslande stehen ja nicht gerade übermäßig hoch. Aber es scheint mir für den ausländischen Besitzer immer noch besser zu sein, wenn er wenigstens einen Teil dessen erhält, was er in diese Bonds seinerzeit hineingesteckt hat, als wenn er gar nichts bekommt. Und wenn ich mir nun einmal rein geschäftlich überlege, was eigentlich das Ausland in anderen Ländern verloren hat, dann kann ich das, was es in Deutschland verloren hat, daneben noch gut sehen lassen. Da schneidet Deutschland noch ganz gut ab. Wenn mir heute ein Ausländer sagt, das deutsche Volk ruiniere seinen Kredit, so antworte ich ihm stets: Das ist der größte Irrtum. Der deutsche Kaufmann ist bekannt als der anständigste Kaufmann in der Welt. Und wenn diese ganze Misere, die wir uns eingebrocht haben, vorüber sein wird, dann wird der Kredit des deutschen Kaufmannes wieder genau so hoch dastehen wie früher, weil nämlich der Kredit des deutschen Kaufmannes in seiner Ausländigkeit liegt. Dieses politische Unglück, das ausländische Mächte schuldlos über ihn gebracht haben, wird den Ruf des deutschen Kaufmannes ganz bestimmt nicht ruinieren. Aber unser Ruf wäre ruiniert, wenn wir weiter eingelaufen hätten, ohne dafür zahlen zu können.

Die Behebung des Inlandsmarktes darf aber nicht zu ungebührlichen Gewinnen führen. Selbstverständlich kann kein Wettbewerb ohne Nutzen arbeiten. Aber Ausbeuterpreise dürfen nicht in die Erscheinung treten. Wir müssen unter allen Umständen alle Kräfte einsetzen, um zu verhindern, daß die Preise im Inlande steigen. Es ist zweifellos ein ganz großer Fortschritt, den die Politik unseres Führers erzielt hat, daß Millionen deutscher Arbeiter wieder in Arbeit gebracht sind. Aber wenn heute irgendwer sagen würde, daß das zu Wöhnen geübt sei, die reiflos befriedigten, so wollen wir ruhig gestehen, daß das nicht der Fall ist. Auch der Arbeiter bringt heute Opfer. Wir haben deshalb die Verpflichtung, das Preisniveau nicht hinaufzutreiben. Wir werden an Lohnerhöhungen ganz gewiß erst denken können, wenn das Arbeitsprogramm restlos gelöst ist.

Die Rohstoffknappheit und die Hamsterpanik, die durch unser Volk geht, ist das Blödeste, das es gibt, denn diese Hamsterpanik treibt natürlich zu höheren Preisen und die Rohstoffknappheit ist völlig unbegründet. Ich glaube auch nicht einmal, daß die gewiß vorhandene Knappheit an Rohstoffen zu größeren Arbeitseinstellungen führen wird, denn der Aufbau der Ersatzstoffindustrie bringt ja wiederum ein ganz neues Arbeitsbeschaffungsprogramm. Es liegt also nicht der geringste Anlaß vor, irgendwie aus Angst zu Preissteigerungen zu schreiten. Ich bin der größte Gegner einer sogenannten Preisgesetzgebung oder Wucherergesetzgebung. Aber sie kann nur vermieden werden, wenn jeder an dem Ziele mitarbeitet. Ich möchte, daß die Politik der Niederhaltung der Preise von Ihnen selbst mit gestützt und getragen wird. Ich bin umso weniger pessimistisch, als ich die ganze Schwere des Problems voll überblicke. Wer die Aufgabe einmal von innen her gesehen hat, der mußte staunen über den Mut und über das Verantwortungsgefühl, das der Führer diesem ganzen Problem gegenüber aufgebracht hat. (Stürmischer Beifall.) Er hat immer die Realitäten der Schwere der Zeit seinem Volke dargelegt und er hat stets an den Willen des Volkes, seinen Opfern, an das Verantwortungsgefühl des Einzelnen appelliert, weil schließlich alle diese Probleme nicht von oben her gelöst werden können, sondern weil dazu die Mitarbeit jedes einzelnen aus dem Volke notwendig ist.

Empfang von Landesbischöfen durch den Führer

Berlin, 30. Okt. Der Führer und Reichskanzler hat am Dienstag in Gegenwart des Reichsministers des Innern die Landesbischöfe Marahrens, Meiser und Wurm zu einer Aussprache über kirchenpolitische Fragen empfangen.

Ein Volk tritt an

Ein Roman vom neuen Deutschland von Paul Hahn.

„Macht doch nichts, Fräulein Urjel. Hauptsache, ich gehe ein Stück mit Ihnen.“

Etwas wie Nührung wallt in ihr auf. Ein lieber, tatkundiger Mensch. Aber ich werde ihn nie mehr als gern haben, denkt sie.

Schmerjow faßt leicht noch ihrem Arm, mit einer feinen, zärtlichen Bewegung, um sie aus dem schlimmsten Gewühl herauszuführen. Er ist mächtig besorgt um sie.

Sie spüren nicht den Blick aus zwei brennenden Augen, der ihnen folgt. Sie sehen nicht das braune, gespannte Gesicht des jungen Mannes, der wie Schmerjow auf der Straße gewartet hat. Sie können auch den wilden Herzschlag nicht hören, der die Brust des jungen Mannes nun schmerzhaft erfüllt.

Heinz von Bergholt fährt sich mit der Hand über die bloße Stirn — über das Haar.

„Ja — ja!“ murmelt er.

Er steht ganz still und sieht den beiden nach. Ganz still inmitten der Menschenwellen, die an ihm vorbeibränden.

„So etwa — hatte ich mir’s — gedacht.“

Es ist ein lautloses Flüstern seiner Lippen und eine grenzenlose Trostlosigkeit steigt in seinem Herzen auf.

So — sieht die Vernunft also aus! denkt er weiter. Man ist vielleicht noch zu jung, um das zu verstehen. Ein Oberwachmeister ist ja ein fertiger Mann! —

Das Schicksal lächelt lautlos und spöttisch.

„Ja, und was wollen Sie nun nach dem Ersten tun, Fräulein Urjel? Haben Sie schon was Neues in Aussicht?“ fragt Schmerjow.

Sie schüttelt den Kopf.

„Ich habe mich noch gar nicht bemüht.“

„Ihnen kann es doch eigentlich nicht schwerfallen, eine neue Stellung zu finden.“

Es ist ein offensichtliches Kompliment.

Urjula lächelt, dann sagt sie:

„Wissen Sie, herr Schmerjow, ich glaube, ich habe überhaupt nie rechte Lust zur Verkäuferin gehabt und habe mir auch nicht träumen lassen, daß ich es einmal werden würde. Mein Traum war ja: Lehrerin sein. Junge Menschen bilden. Kinder unterrichten. Ich habe Kinder schrecklich gern. Und wozu habe ich eigentlich das Lyzeum besucht?“

Es klingt fast wütend.

„Die verrückten Zeiten!“ wirft Schmerjow ein. „Aber nun wird es ja schon besser werden.“

Urjel hört nicht darauf. Ein ganz reiner, teutscher sehnsüchtiger, fast mütterlicher Ausdruck liegt auf ihrem Gesicht.

„Wissen Sie, herr Schmerjow, was ich möchte?“

„Kinder mädchen sein! In einer guten Familie. Weg von zu Hause. Kinder erziehen, sie lieben dürfen, ihnen etwas von dem, was ich gelernt habe, geben können. Ist das nicht hundertmal schöner, als hinter einem Badentisch stehen und Selbstbinder, Gamaschen, Socken und so was verkaufen?“

Diesse Frauensehnsucht spricht aus ihr. Beise setzt sie hinzu:

„Aber erst so eine Stelle finden.“

Schmerjow ist ergriffen. Das gäbe eine Frau ab, Donnerwetter! denkt er. Und dann erhellt sich plötzlich sein Gesicht.

„Fräulein Urjel — vielleicht kann ich Ihnen da helfen.“ Ueberrascht sieht sie zu ihm hoch.

„Sie mir helfen?“

„Ja — nämlich — ich bin doch in unserem Revier ganz gut bekannt. Was meinen Sie wohl, wie bekannt! Man kommt doch im Laufe der Jahre bei den Streifen und so zu allerhand Leuten. Was glauben Sie, wieviel Kinder zu mir sagen: Tag, Onkel Wachmeister oder Onkel Schmerjow! Er läßt belustigt.“

„Ja — da fällt mir nämlich der Sanitätsrat Muntebühl ein in der Joachimshäcker Straße. Netze ältere Leute, er und seine Frau. Kenne ich schon ewig lange. Haben zwei kleine Kinderchen, Junge und Mädchen, und der Junge, ein Knirps von sieben Jahren, will natürlich auch mal Wachmeister werden, weil ich ihm so gut gefalle, hahaha —“

Urjel hört amüsiert zu.

Der Schmerjow kann wirklich nett erzählen, wenn er mal im Zuge ist.

„Ich hatte da vor zwei Tagen mit den Hausfrauen zu tun. Was soll ich sagen, ist doch das Kindermädchen gerade getürmt! War ’ne hübsche Krabbe, aber ’n bißchen zu flott. Erna hieß sie. Frau Muntebühl war ganz aufgeregt. Das Mädchen wurde da wie ’ne große Tochter gehalten — aber die verdammte, irgendwem Sie, ich meine die verfluchte Liebe! Ihr Gatan, irgendbin Windhund von Musikus in einer Kapellekapelle hat sie offenbar überredet, die Stelle aufzugeben und mit ihm nach — na irgendwohin — mitzufahren, wo seine Kapelle engagiert ist. Da, so was kommt vor. Na, jedenfalls ist sie weg und die gute Frau Muntebühl sucht nun nach ’ner neuen Perle.“

„Und da meinen Sie —?“

„Daß Sie mal hingehen, jawoll. Sagen einfach, Sie hätten von mir gehört, daß da ’ne neue Perle fehlt und Sie wär’n die eben!“

„Aber herr Schmerjow — ich habe doch noch nie — so ohne Zeugnisse —“

„Quatsch“ — klopfte sich auf den Mund — „Unfsinn, wollte ich sagen. So ist die Muntebühl nicht. Die pfeift auf Zeugnisse. Die hat ’n Herz im Busen, das fühlt, wer die Richtige ist. Ist ’ne Landwirtschöcher, resolut, propre, mit Seele — jawoll. Zehn Jahre jünger als ihr Mann. Ich sage Ihnen: Geh’n Sie hin! Da wär’n Sie gut aufgehoben, wenn Sie die Stelle erwischen. Bloß nicht schwächeln sein.“

Er drückt leise ihren Arm.

„Na?“

„Ja — wenn Sie wirklich im Ernst meinen, herr Schmerjow?“

„Meine ich. Ud wenn ich mir noch ’n Rat erlauben darf: Bleib heute! Immer treu und gottesfürchtig, Fräulein Urjel. So ’n Typ kriegt man nicht jeden Tag!“

Urjel verspricht, noch heute hinzugehen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Rücktritt Jägers

als Rechtswalter der Deutschen Evangelischen Kirche

Berlin, 30. Okt. Ministerialdirektor Jäger hat sein Amt als Rechtswalter der Deutschen Evangelischen Kirche in vollem Einvernehmen mit dem Reichsbischof niedergelegt.

Berlin, 30. Okt. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, ist Ministerialdirektor Jäger auf seinen Wunsch aus seinem Amt als preussischer Ministerialdirektor und Leiter der geistlichen Abteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Bildung ausgeschieden.

Strassburger Senderlüge!

Stuttgart, 30. Okt. Der Strassburger Rundfunksender verbreitete am Dienstagabend das Märchen, das Luftschiff „Graf Zeppelin“ sei über Spanien abgeschossen worden. Diese Meldung ist selbstverständlich frei erfunden. Das Luftschiff hat seine letzte Standortmeldung um 16 Uhr MEZ gegeben; es befand sich zu dieser Zeit bereits kurz vor der südamerikanischen Küste.

Rundgebung der DAF.

Stuttgart, 30. Okt. Wie im ganzen Reich, so fand auch in Stuttgart aus Anlaß der Verordnung des Führers über die Deutsche Arbeitsfront am Dienstagabend auf dem Hof des Neuen Schlosses eine große Rundgebung der Deutschen Arbeitsfront statt. Kreiswalter Kottler begrüßte die Arbeitskameraden. Darauf ergriß der Gauwaller der DAF, F. Schulz, das Wort zu einer Ansprache, in der er eingangs auf die unwägbare Bedeutung der Verordnung des Führers vom 24. Oktober hinwies, durch die die DAF zu der Organisation aller schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust erhoben worden sei. Er wandte sich sodann der besonderen Aufgabe der DAF zu, die vor allem darin bestehe, die wahre Volksgemeinschaft zu schaffen. Dieses große Erziehungswerk zu vollenden, sei die Hauptaufgabe der DAF. Mit dem zukunftsreichen Bild auf unseren Führer und Reichsführer als leuchtendes Vorbild, unter dessen Führung wir das deutsche Schicksal meistern und alle Not überwinden können, schloß der Gauwaller seine mit starkem Beifall ausgenommene Ansprache. Reichsstatthalter und Gauleiter Murr umriß in großen Zügen den oft schwierigen Weg, den die Deutsche Arbeitsfront in den anderthalb Jahren ihrer Entwicklung bis zu ihrer heutigen Vollendung zu machen hatte. In scharfen Worten wandte sich der Reichsstatthalter dann gegen die unehrliche und unsoziale Haltung der Wiesmayer und Hamptler, deren Tun und Treiben um so verabscheuungswürdiger sei, als überhaupt kein Grund zu Angst oder Unruhe bestehe. Wir haben das feste Vertrauen, daß wir unter der Führung Adolf Hitlers alle Schwierigkeiten überwinden werden. Mit dem Gelübnis immerwährender Treue zu unserem Führer und Reichsführer Adolf Hitler und mit dem Gesang des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes schloß die eindrucksvolle Rundgebung.

Grundfragen der Deutschen Arbeitsfront

Berlin, 30. Okt. Der Stabsleiter der DAF, Dr. Len, erörtere in einer Pressebesprechung Grundfragen der Organisation der Deutschen Arbeitsfront. Er hob eingangs hervor, daß es völlig unmöglich gewesen sei, den Organisationswust der alten Gewerkschaften beizubehalten. Allein schon veraltungsmäßig gesehen, habe dieses ganz Durcheinander vereinheitlicht werden müssen. Am 1. Januar 1935 werde diese Organisation vollendet sein. Sei Organisation früher eine Sache der Konstruktion gewesen, so habe der Nationalsozialismus die Bedeutung des Begriffes „organisieren“ richtig gedeutet in „wachsen lassen“. Wenn die Beiträge auch weiter erhoben würden, so seien sie jetzt Kampfbeträge, weltanschauliche politische Beiträge. Die Deutsche Arbeitsfront sehe sie als das Betriebskapital an, um damit einen Schatz im Volke zu heben, Energien im Volke zu mobilisieren, die bisher brach gelegen hätten. Die Deutsche Arbeitsfront, die heute finanziell das gesündeste darstellt, was je bestanden habe, sei weiterhin auch auf eigenes Vermögen aufgebaut. Gingenen hätten die alten Gewerkschaften allein schon an dem Ballast ihres wirtschaftlichen Aufbaus zugrunde gehen müssen, und es sei die Aufgabe, allen noch da und dort mitgeschleppten Ballast abzustreifen; es solle nur das übernommene und beibehaltene werden, was dem Arbeitmenschen nütze und Vorteil bringe. Es gelte jetzt, nicht übermäßig zu werden, wie Dr. Len mit Nachdruck hervorhob, und den Sinn der Verordnung nicht mißzuverstehen. Denn werde diese Verordnung totgeritten, so werde sie in einem halben Jahre ihren Sinn gründlich verliert haben. So komme es nun darauf an, Disziplin zu halten und unter gar keinen Umständen über das Ziel hinauszuschießen. Gelingen das, so werde diese Verordnung den größten Segen für unser Volk bringen.

Keine Neugründung von Korrespondenz- und Nachrichtenbüros

Berlin, 30. Okt. Neuerdings gemeldete Vorfälle geben dem Präsidenten der Reichspressekammer Veranlassung, noch einmal auf die Anordnung betr. das Verbot von Neugründungen auf dem Gebiete des Korrespondenz- und Nachrichtenwesens vom 2. Mai 1934 hinzuweisen. Danach dürfen Korrespondenz- und Nachrichtenbüros vorerst bis zum 31. Dezember 1934 nicht gegründet werden. Eine Verlängerung oder Verkürzung dieser Sperrfrist bleibt vorbehalten.

Die Philologentagung in Trier

Trier, 30. Okt. Nach der Eröffnung der 58. Generalversammlung der Deutschen Philologen und Schulmänner durch den Reichsleiter des NSDAP, Schömm, am Sonntag begannen am Montag die Arbeitssitzungen verschiedener Fachgruppen und Sonderabteilungen, vor denen eine Reihe berufener Vertreter der deutschen Wissenschaft die Ergebnisse ihrer letzten Forschungen

darlegte. In der Stadthalle leitete Professor Bickel-Bonn die allgemeinen Vorklesungen. Als erster Redner sprach Professor Naumann, der Rektor der Universität Bonn, über die germanische Haltung zur Welt. Er begrüßte die „germanische Renaissance“ unserer Tage und wies dann in einem umfassenden Vortrag auf die Wesensmerkmale der Weltanschauung unserer Vorfahren hin, die eine heldisch-dämonische war und in der der Führergedanke, die Gemeinschaftsidee die Angelpunkte fittlicher Geistes- und Lebenshaltung bildeten. Das heilige Vermächtnis der Ahnen unserer Rasse werde niemals vergehen, weil der germanische Geist unsterblich sei. Professor Gamillscheg-Berlin verbreitete sich eingehend über das Germanentum in den romanischen Völkern, denen unsere Vorfahren neues Blut und neue Kraft zuführten und in denen das Germanentum rasenmäßig nie unterging.

Professor Spahn-Köln schilderte den machtpolitischen Kampf um ein Kerngebiet des westdeutschen Raumes, um die Eifel und Ardennen, von der Frankenzzeit her bis zur Neuzeit. Dr. Josef Kiehn-Bonn sprach über die Grundzüge der politischen Entwicklung an Mosel und Saar zum Ausgang des 18. Jahrhunderts. Professor Ludermann-Mannheim legte in einem weiteren Vortrag die Grundlinien der Entwicklung der oberrheinischen Landschaften und Territorien dar.

Betain fordert neue Militärkredite

Paris, 30. Okt. Kriegsminister Marschall Betain gab vor dem Finanzausschuß der Kammer Ausschluß über die Militärkredite, die er als Nachtragskredite ankündigte. In seinen Ausführungen, die, wie erklärt wird, großen Eindruck gemacht haben, ging er auch auf die politische Seite der Frage ein. Er habe die internationale Lage einer Prüfung unterzogen und auf die alten politischen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich nämlich im Anschluß an die Saatabstimmung ergeben könnten. In diesem Zusammenhang habe er, wie Haas berichtet, mit ziffernmäßigen Unterlagen von dem künftigen Anwachsen der Effektivebestände des deutschen Heeres und seinen Offensivmitteln gesprochen (1), und betont, daß es notwendig sei, wachsam zu bleiben und die Defensivrüstung (2) Frankreichs intakt zu halten.

Nach dem „Matin“ sollen sich die nachträglichen Kreditanforderungen auf 800 Millionen Franco belaufen. Nach dem „Echo de Paris“ habe Marschall Betain vor allem auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Heer mit allem erforderlichen Material zu versorgen. Er habe erklärt, gegenwärtig könne die Regierung angesichts der beträchtlichen Erhöhung der Rüstungen gewisser Länder die von Frankreich zu unternehmenden Anstrengungen nicht mehr auf eine Erhöhung der Effektivebestände beschränken. Frankreich sehe sich in die Notwendigkeit versetzt, auf die beschleunigte Beschaffung von Vorräten und die Modernisierung des Materials ins Auge zu fassen.

Zwei Eisenbahnunfälle in Frankreich

Paris, 30. Okt. Am Montagabend ereignete sich bei Saint Foy ein schwerer Unfall. Ein Lokstrafwagen wurde an einer Gleisüberführung von einem Personenzug überfahren. Der Zug entgleiste infolge des heftigen Anpralls, wobei die Lokomotive den ersten Eisenbahnwagen zerdrückte. Bei dem Unfall sind drei Personen getötet und vier verletzt worden, darunter drei schwer. Der Lokomotivführer suchte nach dem Unfall das Weite. Auch der Fahrer des Lokstrafwagens, der das Unglück herbeigeführt hat, ist verschwunden.

Paris, 30. Okt. Der D-Zug nach Bordeaux stieß am Montagabend 150 Meter von dem Bahnhof Montauban entfernt gegen eine Rangierlokomotive. Der Anfall war so heftig, daß die Lokomotive des D-Zuges aus den Schiene sprang. Auch die vorderen Wagen des D-Zuges wurden beschädigt. 23 Personen sind verletzt worden. Davon mußten drei ins Krankenhaus gebracht werden.

Programmrede Macdonalds

Auch Baldwin und Simon für Einheit

London, 29. Okt. Ministerpräsident Macdonald, der Führer der konservativen Partei, Baldwin, und der Vertreter der Liberalen, Minister Simon, legten die künftige Politik der Regierung auf einem Frühstück dar, das vom Ausschuß der nationalen Arbeiterpartei gegeben wurde. Macdonald hielt hierbei seine erste politische Rede seit seiner Rückkehr aus Kanada. Die in London weilenden Kabinettsmitglieder, die Unterstaatssekretäre und die parlamentarischen Einpeitscher waren anwesend.

In seiner Rede sagte der Ministerpräsident, der von den Gästen begeistert begrüßt wurde, u. a.: Man könne nicht leugnen, daß das Werk der nationalen Regierung den großen Mittelpunkt des britischen Reiches in seiner Ehre, seiner Achtung und seinem Ansehen mehr gewonnen habe als je zuvor. Man habe gesehen, wie in einer Nation nach der anderen in Europa die Freiheit geschwunden sei.

„Ich glaube an Freiheit“, rief der Ministerpräsident. „Einige Leute sagen, daß ich Gesetze und Ordnung übertreten habe, um sie aufrecht zu erhalten. Wenn es nötig ist, werde ich es wieder tun.“ Diese Bemerkung war offensichtlich eine Bezugnahme auf die Regierungsvorlage über „Aufreizung zur Auflehnung“.

Das Land könne sich im Augenblick eine Rückkehr zur Parteipolitik nicht leisten. Macdonald rief besonders die junge Generation zur Mitarbeit auf. Sie solle in der nationalen Regierung den Ausdruck einer großen Philosophie sozialen Fortschrittes sehen. Stabilität und organische Evolution seien die einzige Politik, die Regierung und Nation weiterbrächten. Der Klassenkampf sei ein Werk des Teufels.

Nach Macdonald sprach Baldwin. Was auch immer die Ansicht über die nationale Regierung im Innern sei — so sagte er, im Ausland sehe sie hoch im Ansehen wegen des Auftrages,

der ihr vom englischen Volk erteilt worden sei und wegen der Gemeinschaft, die hinter ihr stehe. Soweit England und seine Beziehungen zu der Welt in Betracht kämen, sei die sicherste Gewähr des Friedens die soziale und demokratische Stetigkeit und der Weiterbestand einer Regierung auf breiter Grundlage, die einsichtige Männer in sich vereine. Ich sehe, so erklärte Baldwin, in der nahen Zukunft keine Aussicht für eine Rückkehr zu den Parteikämpfen von früher. So müßte alles getan werden, um die Einheit aufrecht zu erhalten. Das englische Volk müsse erneut überredet werden, die nationale Regierung mit einer weiteren Machtsparne zu betrauen.

Auch Simon erklärte, daß das System der politischen Zusammenarbeit fortzudauern müsse. Im Ausland bestehe kein Zweifel daran, daß die nationale Regierung für England gut gewesen sei. Das augenblickliche Zeitalter sei nicht ein Zeitalter des Zwistes, sondern der Zusammenarbeit.

Die Londoner Flottenbesprechungen

London, 30. Okt. Der bei den Londoner Flottenbesprechungen von Japan vorgelegte Plan für eine neue Grundlage der Flottenbeschränkungen ist sowohl von Großbritannien als auch von den Vereinigten Staaten sehr kritisch aufgenommen worden. Wie zuverlässig verlautet, haben die amerikanischen Flottenabordnung und auch die an den Besprechungen teilnehmenden britischen Minister den japanischen Vertretern mitgeteilt, daß der japanische Plan „äußerste Schwierigkeiten“ darstelle. Macdonald, Simon und Eyres-Monell werden in den nächsten Tagen weitere Besprechungen mit den Japanern haben.

Schwarzhemden-Angriff gegen das englische Judentum

Sir Oswald Mosley in der Alberthalle

London, 30. Okt. In der Alberthalle fand eine Schwarzhemden-Versammlung statt, bei der Sir Oswald Mosley besonders über die jüdische Frage und die Schwarzhemden-Bewegung sprach. Er griff das englische Judentum aufs schärfste an und machte ihm den Vorwurf, daß es die jüdischistische Bewegung allenfalls auf das Heftigste, und zwar auch körperlich und gewalttätig angreife. Die Jüdischen würden eine organisierte Gemeinschaft innerhalb des Staates nicht dulden, deren Treuegelöbniß nicht England, sondern dem Ausland gelte. Die Juden hätten in den letzten 18 Monaten den Versuch gemacht, die Leidenshaften der Krieges Stimmung in einer Nation herozurufen, mit der England im Jahre 1918 Frieden geschlossen habe. Wir haben einmal gegen Deutschland in einer englischen Angelegenheit gekämpft. Wir werden nicht gegen Deutschland in einem jüdischen Streit kämpfen. Die Juden begingen einen großen Irrtum. Sie hätten den Beweis geliefert, daß sie sich gegen die neuen Kräfte in der modernen Welt wenden wollten.

Ein Jahr italienische Außenpolitik

Rom, 30. Okt. Zur Zwölf-Jahresfeier des Faschismus gibt der Staatssekretär des Auswärtigen, Curi, einen Ueberblick auf die Tätigkeit der faschistischen Regierung in der internationalen Politik während des abgelaufenen Jahres. Zur Frage Abrüstung und Gleichberechtigung heißt es, es liege kein Anlaß vor, hier zu untersuchen, ob der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund richtig war. Tatsache sei, daß damals Gelegenheit gewesen wäre, Deutschland die praktische Gleichberechtigung zu erteilen und es damit von seinem Schritt abzuhalten. Auf dieser Tatsache habe die italienische Denkschrift vom 7. Februar 1934 gefußt, indem es für Deutschland die geforderten Mindestaufrüstungen vorschlug und für die anderen Staaten eine Beschränkung auf den jetzigen Stand. Aber diese Denkschrift sei aus verschiedenen Gründen nicht durchgedrungen. In England habe die Abrüstungsdee so tiefe Wurzeln in der öffentlichen Meinung geschlagen, daß seine Regierung dem Volke eine Abmachung vorsehen konnte, die den status quo sanktionierte und dazu noch eine Aufrüstung Englands vorschlug. Die französische öffentliche Meinung hingegen hätte jede Regierung hinweggefegt, die die deutsche Aufrüstung mit einer Verminderung der französischen Rüstungen in Zusammenhang gebracht hätte. Neue Möglichkeiten hätten sich nach dem Scheitern der Abrüstungskonferenz erst wieder durch den sogenannten Ostpaktplan ergeben. Nach dem Scheitern der Ostpaktfrage stehe es nicht der italienischen Regierung zu, neue Vorschläge auf diesem Gebiete zu machen. Jedenfalls sei Italien in der Frage der Abrüstung immer bereit, die Brücke über den tiefen Abgrund, der Frankreich und Deutschland trenne, mit schlagen zu helfen.

Maschiere Verbrecherbande haufen in Niederösterreich

Wien, 30. Okt. Neben dem Räuber und Brandstifter Sailer, der das nördliche Niederösterreich in Schrecken versetzt, ist nun auch eine zweite Verbrecherbande in Niederösterreich aufgetaucht, die nach Gangsterart mit maskierten Gesichtern verwegene Raubzüge durchführt und das Wiener Waldviertel in Unruhe versetzt. Am Montag tauchten sie in der einsamen Ortschaft Brandlaaben an der Westbahnstraße auf. Der Anführer mit einer weißen Maske und die zwei Helfershelfer mit schwarzen Masken drangen in das Haus eines 83jährigen Bauern ein. Sie raubten diesen vollkommen aus. In dieser Gegend Niederösterreichs sind in den letzten Wochen 30 Häuser in Brand gesetzt worden, die alle dieser Bande zur Last gelegt werden müssen. Die Gendarmerie führte große Streifen durch. Die Bauern der besonders betroffenen Gebiete haben eine Art Bürgerwache zur Abwehr der Ueberfälle eingerichtet.

Erhöhung des japanischen Militärhaushalts

Tokio, 30. Okt. Der Haushaltsplan für Heer und Flotte ist jetzt veröffentlicht worden. Für das Heer sind an Ausgaben 400 Millionen Yen und für die Flotte 400 Millionen Yen vorgeesehen. Die Mehrausgaben gegenüber dem bisherigen Haushalt betragen beim Heer 150 Millionen Yen und bei der Flotte 900 Millionen Yen. Die erhöhten Ausgaben werden besonders für die Sicherung der Streitkräfte in der Mandchurei und zum Ausbau der Luftverteidigung benötigt.

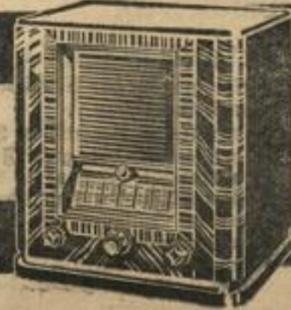
Kommenden Freitag mittag ab 2 Uhr

DIE DEUTSCHE WELTMARKE



sendet LONDON Unterhaltungsmusik! Gehn Sie dann in ein Rundfunkgeschäft und nehmen Sie teil an dem erstklassigen Kurzwellenempfang des

TELEFUNKEN-Meistersuper



Mit 4fachem Überschutz im geschmackvollen Gehäuse! Transmitter spielen, zukunftsicher!



Eckener für einen Welt-Luftschiffdienst

Probefahrten mit LZ. 129 vorgezogen

Washington, 30. Okt. Dr. Eckener, der am Montag ausführlich vor dem Luftfahrt-Ausschuss über den Stand des Luftschiffbetriebs sprach, erläuterte auch seine Pläne für die Zukunft. Er machte dabei die Versicherung, daß er im Sommer 1935 mit dem neuen Zeppelin-Luftschiff LZ. 129 Probefahrten zwischen Friedrichshafen und Nordamerika unternehmen wolle. Er stelle das neue Luftschiff auch für zehntägige Rundfahrten in Amerika zur Verfügung. Im Herbst 1935 würde LZ. 129 in den Südatlantikdienst eingeteilt werden. Der Luftfahrt-Ausschuss versprach, dem Bundeskongress eine Vorlage zugehen zu lassen, in der von der Regierung Mittel für die Durchführung der Probefahrten des LZ. 129 nach Nordamerika zur Vorbereitung eines regelmäßigen nordatlantischen Luftschiffdienstes durch Bau von drei bis vier Zeppelinluftschiffen sowie für die Ausbildung der für diese Luftschiffe benötigten Mannschaften angefordert werden, falls sich die zuständigen Behörden für die Annahme des Planes Dr. Eckeners entscheiden sollten.

Dr. Eckener empfahl dem Luftfahrt-Ausschuss ferner die Einrichtung eines die Welt umspannenden Luftschiffdienstes zwischen Deutschland, Nordamerika, Südamerika, Holländisch-Indien und Britisch-Indien. Ein solches Luftschiff, so sagte er, sei bereits vorhanden. Man müsse nur ohne Zögern zugreifen. Das Helium-Gas, das für die Verwirklichung dieses großen Planes erforderlich sei, müsse allerdings von der Regierung der Vereinigten Staaten, die das Helium-Monopol besäße, zur Verfügung gestellt werden. Eckener belegte zahlreich, daß der Zeppelindienst zwischen Deutschland und Südamerika einträglich ist.

Lokales

Wildbad, 31. Oktober 1934.

Lichtbildervortrag. Heute abend 8 Uhr findet in der Turnhalle ein öffentlicher Lichtbildervortrag von Pg. Dr. Schenk statt, über: „Die Franzosen und wir“. Für Pg. und sämtliche Untergliederungen ist das Erscheinen Pflicht.

Sängerehrung. Beim Kreisjärgertag am Sonntag in Engelsbrand erhielt das Kreisjahrgang für 30jährige Sängertätigkeit u. a.: Friz Hammer, Wildbad.

Bibelausstellung. Am Reformationsfest, Sonntag den 4. November, das in diesem Jahr durch die 400-Jahrfeier der Bibelverdeutschung durch Martin Luther seine besondere Bedeutung hat, ist eine kleine Bibelausstellung im Gemeindefaal (altes Rathaus) geplant. Es gibt hier noch einige der alten großen Bibeln von 1740, die gewiß von den jetzigen Besitzern gern einmal der Gemeinde gezeigt werden. Wer eine solche Bibel besitzt, wird gebeten, sie für ein paar Tage zur Verfügung zu stellen und sie bis zum Freitag abend ins Pfarrhaus zu bringen. Es können auch alte Gesangbücher und Gebetbücher, alle Bilder von Luther und Brenz gebracht werden. Am Montag werden die geliehenen Stücke wieder zurückgegeben werden.

Am Sonntag Sammeltag!

Am nächsten Sonntag, den 4. November, findet die Straßensammlung des Monats November für das Winterhilfswort des Deutschen Volkes 1934/35 statt. 650 000 Mark aus Kunstseide und in den verschiedensten Farben warten darauf, als Abzeichen des Opferfinns am 4. November getragen zu werden. Durch Herausnahme eines Drahtes läßt sich die Aker in einzelne Blumenblätter auseinandernehmen, die zu den verschiedensten Näh- und Klebearbeiten verwendet werden können. Im Verlag Bezer und im Verlag Bobach sind Musterblätter erschienen, die eine Fülle von Vorschlägen über die Verwendung der WSW-Aker bringen und in den einschlägigen Geschäften für 10 Pfg. erhältlich sind. Erwerbt die WSW-Aker am 4. November, sie bereite Euch viele frohe Handarbeits- und Bastelstunden in der Adventszeit. Praktische Weihnachtsgaben lassen sich aus den farbenfreudigen Sammelblumen des WSW herstellen. Mitglieder sämtlicher Gliederungen der NSDAP. haben sich als Sammler am Seidenblumentag zur Verfügung gestellt. Kein Deutscher wird ihre Bitte um ein Opfer für unsere ärmeren Volksgenossen ablehnen.

Jeder Deutsche trägt am Sammeltag die WSW-Blume!



Die schönfarbige Aker aus Kunstseide

Das Sammelabzeichen des Monats November

Württemberg

Schwaben siedeln im Osten

Württembergs Anteilnahme an der Neubildung deutschen Bauerntums

Württemberg ist ein dichtbevölkertes Bauernland. Das ostelbische Deutschland dagegen verfügt noch über große Flächen, in denen der Großgrundbesitz vorherrscht. Während in Württemberg nur 3,2 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Betriebe über 100 Hektar entfallen, entfallen zum Beispiel in Mecklenburg 54 v. H. und in Pommern 54,4 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Betriebe über 100 Hektar. Demzufolge ist auch die Bevölkerungsdichte in diesen Gebieten eine wesentlich geringere. Während in Württemberg trotz ausgedehnter

Wald- und Berggebiete 138 Einwohner auf den Quadratkilometer entfallen, wohnen in Mecklenburg nur 50 und in Pommern nur 63 Einwohner auf den Quadratkilometer. Der deutsche Osten bietet daher noch Raum für die Neubildung deutschen Bauerntums.

Zu diesem Zwecke wurde unter Beteiligung des Württ. Wirtschaftsausschusses, der Württ. Landeskreditanstalt und der Württ. Landbauernschaft im Januar dieses Jahres die Nord-Siedlung G.m.b.H. gegründet, deren Verwaltungsratsvorsitzender Wirtschaftsminister Prof. Dr. Lehmann ist.

Am 12. und 13. Oktober unternahm vom Verwaltungsrat der Nord-Siedlung Wirtschaftsminister Prof. Dr. Lehmann, Landesbauernführer Arnold, Staatssekretär Waldmann im Auftrage des Reichsstatthalters, Prof. Löcher, Berlin, und Kreisleiter Kriener eine Besichtigungsfahrt nach Mecklenburg und Vorpommern, um die im Bau begriffenen neuen Dörfer zu besichtigen und die Ansetzungsmöglichkeiten für die württembergischen Bauern in Norddeutschland zu prüfen.

Die Fahrt führte zunächst von Berlin auf das rund 1650 Hektar große Gut der Nord-Siedlung Greife im Kreise Hagenow in Mecklenburg, dann durch das weite Mecklenburger Land, von dessen Fruchtbarkeit und dessen gutem Boden sich alle Teilnehmer während der Fahrt überzeugen konnten. In Schwerin wurden mit Reichsstatthalter Hildebrandt und dem Ministerpräsidenten die schwelenden Fragen, vor allem die Ansetzung von Württembergern in Mecklenburg, besprochen. Am Abend wurde in der alten Seefeststadt Rostock Raft gemacht.

Am nächsten Morgen begaben sich die Teilnehmer nach Behrenwalde, Kreis Franzburg-Barth in Vorpommern. Dieses Gut ist ebenfalls von der Nord-Siedlung erst im Juli dieses Jahres übernommen worden. Von Behrenwalde führte der Weg nach Faulenroth im Kreise Malchin in Mecklenburg.

Die ausschlusreiche Besichtigungsfahrt hat den Nachweis erbracht, daß der von den führenden Männern Württembergs beschrittene Weg zur Ansetzung württembergischer Bauern im Sinne unseres Führers für die Neubildung deutschen Bauerntums richtig und erfolgversprechend ist.

Die Heimaktion der Hitlerjugend und des BDM.

Stuttgart, 29. Okt. Am Samstag fand unter zahlreicher Beteiligung der Hitlerjugendführung des Gebiets 20 eine Besprechung über die Heimaktion der Hitlerjugend und des BDM statt. Nach einem Vorpruch und der Begrüßung von Gebietspräsidenten Pfeiffer erläuterte zunächst Stabsführer Brodbeck Bericht über die Ergebnisse der Heimaktion. In Württemberg gibt es 200 000 Hitlerjugenden und Mitglieder des BDM, die etwa 4500 Heime benötigen. Nur 400 bis 500 sind vorhanden, die übrigen Räume sind Befehlsräume. Die Heimaktion, die von der Gebietsführung ausgeht und vom Reichsstatthalter nachdrücklich unterstützt wurde, hat es fertiggebracht, während ihrer bisherigen Dauer den alten Heimbestand um 10 Prozent zu steigern. An der Spitze marschieren das Unterland, die mittlere Alb und die Städte Heidenheim und Aalen. Hieraus sprach der Bauberater des Gebiets, Jg. Bruhn, über die Bauauffassung und Heimgestaltung der Hitlerjugend. Seinen Ausführungen ist zusammenschließend zu entnehmen, daß die Neubauten von Heimen einfach, sauber und solide sein sollen. Baracken werden als unwürdig abgelehnt. Der Gauamtsleiter für Presse, Pj. Drewh, der die Grüße des Gauleiters überbrachte, berichtete über Parte- und HJ-Pressearbeit. Obergauführerin Maria Schönbauer beleuchtete die Heimaktion des BDM, die in aller Stille vor sich gehe. Auch der BDM habe besonders nötig, seinen Mitgliedern einen Raum zu geben, in dem sie arbeiten und den Sozialismus der Tat leben können.

Aus dem Lande

In Kutesheim im N. Leonberg brannte am Samstag abend die an der Hauptstraße gelegene Scheune des Fr. Kiper und Fr. Bolan ab. Ein der Brandstiftung dringend verdächtiger Peroujer Einwohner wurde noch während des Brandes festgenommen.

In schwerem Leid wurde die Familie Seitter im Seehaus bei Ellingen verhehrt. Ihr 22jähriger Sohn Friz zog sich bei einem am 16. Oktober erlittenen Motorradunfall einen komplizierten Oberschenkelbruch und andere Verletzungen zu, denen er jetzt im Bezirkskrankenhaus erliegen ist.

Von grundsätzlicher Bedeutung war im Gemeinderat in Tübingen der allgemein angenommene Antrag von Stadtrat Weinmann und Schmed, wonach in Zukunft bei Vergebungen

nur noch diejenigen berücksichtigt werden, die in der Arbeitsfront und der NS-Volkswohlfahrt sind oder sonst nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit an der Aufbauarbeit unseres Führers Adolf Hitler sich beteiligen und die Not zu lindern.

Am Sonntag verhielt im Kreiskrankenhaus Neustlingen ganz unerwartet der verheiratete Wilhelm Hermann, Straßmann von Gellingen im N. Neustlingen. Vom Krieg her hatte er noch Splitter von einem Geschoss im Arm, die bisher noch nicht entfernt werden konnten, ihm aber oftmals heftige Schmerzen bereiteten. In letzter Zeit steigerten sich die Schmerzen. Der Arm begann zu eitern. Es trat Blutvergiftung ein, der er am Sonntag erlag. Hermann steht im 38. Lebensjahr und hinterläßt eine Witwe mit drei unmündigen Kindern.

Der Mörder Agneskirchner aus Rosenheim, der vor einigen Monaten in einer Almhütte am Brunnstein seinen Kameraden ermordete, die Leiche in der Hütte versteckte und darauf schlachte, konnte nunmehr bei einer Bettlerrazzia in Ellingen festgenommen werden. Der Mörder hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Mit Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde wird die freie Bürgermeisterstelle in Böttingen im N. Göppingen nicht mehr besetzt werden. Es ist mit sofortiger Wirkung eine gemeinsame Bürgermeisterei Reihershausen-Böttingen gebildet worden, mit deren Leitung Bürgermeister Kurz-Reihershausen beauftragt wurde. Das Amt der neuen Bürgermeisterei befindet sich in Reihershausen.

Der bei dem Autounfall an der Langertsteige verunglückte Georg Gerkenmeier von Aalen ist im Städt. Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Hans Scheerb von Ennahosen hatte Frucht zu beizen und zog sich hernach an der Hand eine Riswunde zu, die er nicht weiter beachtete. Er zog sich eine Infektion zu, die sich bald in starker Anschwellung des ganzen Körpers zeigte. Er mußte an schmerzhafter Blutvergiftung sterben.

Als das 3 1/2-jährige Töchterchen des Malermalers Hug in Forb mit einem anderen Kinde in der Küche schaukelte, fiel es in einen Eimer mit siedend heißem Wasser und trug so schwere Verbrennungen davon, daß es im Krankenhaus seinen Brandwunden erliegen ist.

Am Sonntag wurde in Hochmüllingen im N. Oberndorf die neue Turn- und Festhalle eingeweiht. Durch gemeinsame Arbeit und Zonendienste ist ein schönes Festhaus entstanden, das zugleich auch Turnhalle ist und den Bedürfnissen Hochmüllingens in sportlicher Aufmachung jederzeit Stand hält.

Das fünfjährige Töchterchen des Landwirts Johannes Trid in Bettenhausen im N. Sulz sprang über die Straße und wurde vom linken Kotflügel eines Autos erfaßt und zu Boden geschleudert. Der Tod trat nach kurzer Zeit ein.

In Ravensburg starb Bürstenmacher Georg Walfers, der am Sonntag auf der Galgensteige mit einem Personenkraftwagen zusammengefahren ist, am Montag an den erlittenen schweren Verletzungen.

Kürzlich vorredeten in wenigen Stunden 68 Hühner des Bauern Karl Brillisauer von Ziegelhof im N. Saulgau. Wie nachher festgestellt wurde, haben die Hühner vergifteten Roggen, der als Kaugift Verwendung finden sollte, gefressen. Die Schuld trifft einen anderen Landwirt, der das in einer Tüte verwahrte Gift ungenügend verwahrt auf seinen Wagen geladen hatte. Unglücklicherweise entleerte sich die mit Gift gefüllte Tüte gerade in Höhe des Hofes von Brillisauer, wo es dann bald von den Hühnern aufgefressen wurde.

Am Dienstag früh entgleiste ein Wagen des von Neu-Ulm nach Ulm fahrenden Güterzugs. Der Wagen rief einen weiteren mit sich. Beide Wagen brachten dabei einen elektrischen Leitungsmast zu Fall, sodaß die Gleise zwischen Neu-Ulm und Ulm gesperrt wurden. Mit den Aufräumarbeiten wurde sofort begonnen, sodaß schon nach zwei Stunden der Verkehr auf einem Gleise wieder ausgenommen werden konnte. Personen wurden bei dem Unfall nicht verletzt.

Das große Donaushiff, mit dem der Motorschiffahrtsverein Ulm den Schiffsverkehr auf der oberen Donau wieder in Gang bringen will, soll bis zum Frühjahr fertiggestellt werden. Wie der Vereinsvorsitzende mitteilte, hat eine Firma dem Verein unverbindlich einen 100 PS-Benzinmotor gestiftet, mit dem die Probefahrten durchgeführt werden sollen. Für die regelmäßigen Fahrten soll das Schiff einen wirtschaftlicheren Dieselmotor erhalten.

Druck- und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Wildbader Tagblatt, Wildbad, L. Schwartzenbach (Inb., F., G.) 9 2 9. 34. 30

Es kosten:

- 2 Pfd. Tafel-Reis . . . 29 ¢
- 2 Pfd. Ninken . . . 39 ¢
- Bayr. Rauchfleisch o. N. . . 30 ¢
- Rippenspeck . . . 30 ¢
- Krakauer 1/2 . . . 35 ¢
- Bayr. Bierwurst 1/4 . . . 25 ¢
- Mettwurst . . . Stück 25 ¢
- Blodwurst . . . 1/4 Pfd 34 ¢
- Echt Reussener Ochsenmoulsalat . . . Dose 38 ¢

bei
Otto Voß Niederlage von
Thams & Garfs
Hamburger Kaffee-Lager

Fast neuer Gasherd
(3 Flammen), wegen Platzmangel preiswert zu verkaufen.
Frau Riechle

Abmorgen Donnerstag
treffen wöchentlich
frische Geefische
ein bei
Luger Nachst.
Inh.: Aug. Strauß

WIE EIN MEISTER
das Weltphänomen erobert der TELEFUNKEN-Weltfunker im Mundstücken die Welt. Er hat den 4-fachen Schutz und die transzendenten H-Eisenpulver. Das macht ihn so transzendent, spielsicher, zukunftsicher. Er kostet einm. Röhren RM 284,- bzw. 209,-.

TELEFUNKEN
- DIE DEUTSCHE WELTFUNKEN -

Ein aussichtsreiches Angebot

bedarf der vorhergehenden Ankündigung durch ein Inserat

im „Wildbader Tagblatt“

Sämtliche Geschäfts- u. Familiendrucksaachen
liefert schnell und preiswert
die Druckerei Wildbader Tagblatt.

Gutes fettes Kuhfleisch
Pfd. 54 Pfg.

Mezgerei Pfau

R. E. V.
des deutsh. Gaststättengewerbes
Am Donnerstag, 1. Novbr., nachm. 5 Uhr, im Hotel Pöhl
Hauptversammlung
Vollzähliges Erscheinen Pflicht

Bachäpfel	Pfd. 12
Tafeläpfel	Pfd. 16
Weißkraut	Pfd. 8
Rohkraut	Pfd. 8
Eier	Stück 12
Kühlhauseier	. 11
Kokosfett	Pfd. 69.- 65
Salatöl	Liter 1.10
Erdnußöl	Liter 1.28
Mischobst I	Pfd. 60
Zwetschgen	Pfd. 50, 42 und 35
Leberwurst	in Enden, Stück 20 u. 15
	im Ring . . . 1/4 Pfd. 28
Blutwurst	in Enden, Stück 20
	im Ring, 1/4 Pfd. 25
Mettwurst	Stück 28
Eintreffend: direkt ab See:	
Kabliau	Pfd. 37
Schellfischfilet	. 60
Bücklinge	. 36

Pfannkuch